

Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. (Kirotschnaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 2 R., auf der 4. Seite 1 R. 50 Kov.

Nr. 84.

Lissk, den 26. Oktober 1919.

11. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstelle der „Kauf. Post“ ist in das Kirchenhaus (Kirotschnaja Real-Gymnasium) an der Kirchenstraße (Kirotschnaja) № 27 übergeführt worden und befindet sich unten, in den Räumlichkeiten neben der Deutschen Bibliothek.

Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags.

Der Zentral-Vorstand
des V. d. transkaukasischen Deutschen.

Sonntag, den 26. Oktober.

im Lokal des „Arbeiter-Klubs“ (ehemaliger
„Russischer Klub“)

≡ Grosses Fest ≡

mit Lotteri-Allotri, Glückstorte, Buffet etc. zum Besten des evangelischen Siechenhauses.

Anfang 4 Uhr nachmittags.

Eintrittspreis für Erwachsene und Kinder — 1 R. 80 K.

Um regen Besuch bittet:

Der Vorstand.

Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

Zur politischen Lage.

In Land. — Das Sprachrohr der regierenden Partei, die „Ertoba“ (Georg. gemäßigt-sozialistisch), behandelt das in dem russischen Blatte „Wolfsja Nozija“ veröffentlichte Interview (Unterredung mit dem englischen General Cory) (wir haben es in der vorigen Nummer gelegentlich der Behandlung des Verhältnisses der „Frei-Armee“ zu Deutschland bereits gestreift; s. Ausland), insofern es die Politik der Engländer in Georgien und Aserbeidjan betraf, welche Gen. Cory dem benachbarten Ausland gegenüber angeht mit folgenden Worten zu rechtfertigen versucht habe: „Die Frei-Armee beschuldigt uns dessen, daß wir in Tiflis und Baku den Boden für die Unabhängigkeit der transkaukasischen Völker vertiefen und gegen die Idee der Wiederherstellung Rußlands ankämpfen. Sichtlich Rußlands sind uns die Hände gebunden. In England wird die Bewegung gegen die Einmischung in die russischen Verhältnisse mit jedem Tage härter, und deshalb, wenn Lloyd George sich dazu entschließen wollte, Rußland die abgefallenen Randländer mit Waffengewalt wieder einzuverleiben, so würde das eine veritable Krise in England hervorrufen. Und so führen wir beim einmischen in jene Länder eine andere Politik, wir halten dort die Ordnung aufrecht, bis Rußland genesen, auf die Füße gekommen und imlande sein wird, die abgefallenen Randländer spielend zurückzugeben. Wenn wir Georgien jetzt verlassen wollten, so würden im Kaukasus türkische und kirgisische Banden über das Land herfallen, oder die „Frei-Armee“ sähe sich vor eine neue Front gestellt, die für sie keineswegs eine bloß scheinbare Bedrohung bedeutete. Die Frage betreffs Georgiens und Aserbeidjans ist durchaus nicht einfach und primitiv, da dort bei dem geringsten Schwanken auch die Anarchie des Bolschewismus ausbrechen könnte. Solange aber Georgien

von Engländern okkupiert bleibt, kann General Denikin um die Sicherheit des Rückens seiner Armee unbesorgt sein. Mehr als das wir halten Georgien zurück und gestalten ihm nicht, gegen Sie eine aggressive Politik zu treiben. Ungeachtet dessen fahren die Russen fort, uns mit Mißtrauen zu bezeugen, und wollen es nicht begreifen, daß wir ihre aufrichtigen Freunde sind.“ Die „Ertoba“ zweifelt an der Richtigkeit der Wiedergabe des Wortlauts der Coryschen Erklärung; für den Fall aber, daß letztere doch ähnlich gelautet haben sollte, bemerkt sie folgendes: „Georgien ist seit seiner Selbständigkeit von keiner auswärtigen Macht okkupiert gewesen. Wohl weilten in Georgien Teile der deutschen Armee, eine Zeitlang auch englische Truppen, das war jedoch keine Okkupation, sondern ein vorübergehender Aufenthalt mit Erlaubnis, auf Grund eines bestimmten Vertrages, der jowährenden Regierung der Republik. Eine Okkupation Georgiens wäre nur dann möglich gewesen, wenn es von irgend jemand mit Hilfe der Waffe unterworfen worden wäre. Um es aber in Zukunft zu eskurieren, müßte erst jemand über Georgien herfallen, und das mit der Waffe in der Hand, und über die Leiche der georgischen Demokratie schreiten, aber um welchen Preis würde es gelingen? Den möge der Herrschende sich selbst antworten. Die Befreiung des englischen Generals hinsichtlich des Bolschewismus ist deshalb schon grundlos, weil Georgien die Krisis der bolschewistischen Anarchie bereits durchgemacht hat, und zwar ohne sich dabei auf auswärtige Hilfe zu stützen. Und wenn die georgische Regierung, in Gemeinschaft mit den übrigen transkaukasischen Republiken, auch vor einiger Zeit dem englischen Oberkommando vorge schlagen hat, vorübergehend einige seiner Truppenteile hier zu belassen, so nur deshalb, weil solches gewissermaßen die internationale Lage erleichte, nicht aber aus Angst vor Anarchie im Innern des Landes. Es entspricht auch nicht der Wirklichkeit, was der General da von einer aggressiven Politik Georgiens gegen Denikin erzählt, auch nicht, daß Georgien von einer Durchführung derselben nur durch eine äußere Macht abgehalten werde.

In der russischen Frage ist unsere Stellungnahme eine höchst einfache und offene. Jeder die demokratische Gegenrevolution, noch die bolschewistische Anarchie bei uns Sympathie erwecken, aber wir werden auch nicht mit der einen, noch mit der anderen in Rußland kämpfen. Die georgische Demokratie hat kein Verlangen danach, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen; aber ebensowenig wird sie es Dritten gestatten, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen.“ Heute hat die russische Frage für uns nicht mehr Bedeutung als die polnische, die ungarische oder die österreichische. Die georgische Demokratie, und ihrer Regierung in durchdrungen von dem Geist internationaler Brüderlichkeit und Solidarität (Gesamtarbeitung), sie sieht vor sich nur das eine Ziel: den möglichst baldigen Zusammenschluß aller Nationen und Staaten; sie ist bereit, sogar dem nach Art der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu errichtenden Staatenbund (welchem? — Die Schrift.) als Mitglied gemeinsam mit Rußland beizutreten, aber unter breiter Flagge, der sich in der Richtung auf Europa hinzieht, kann nicht über Moskau führen; ja, und weshalb sollte er es auch?!

Ausland. — Nach Mitteilungen der französischen Presse werden an der Besetzung Dänigk, Schlesiens und Teschens auch amerikanische Truppen teilnehmen. Hieraus zieht die kausische Presse den Schluß, daß der Versäler Friedensvertrag auch von den Vereinigten Staaten von

Nordamerika, trotz Widerstrebens der „republikanischen“ Mehrheit (im Gegensatz zur „demokratischen“ Minorität, der Parteigängerin des Präsidenten Wilson) im Senat (Oberhaus), ratifiziert werden wird. — In Ober-Schlesien ist der Belagerungszustand erklärt worden. — Nach Mitteilungen der deutschen Presse, hat die revolutionäre Bewegung in Ober-Ungarn und Slowaken großen Umfang angenommen. Die tschechische Regierung habe die Militär-Diktatur verhängt. Slowaken verlange völlige Selbständigkeit (Autonomie). Die Russen haben in Ungarn das Gebiet westlich von der Donau geräumt. — In Korbbruggen war im September ein großer Eisenbahnstreik ausgebrochen. Die Eisenbahner wegzogen sich, unter französischen Vorgesetzten zu dienen und sich in ihren Versammlungen einer anderen Sprache außer der deutschen zu bedienen. Bekanntlich hat dieser Ausstand zu allem Unruhen in Elsaß-Lothringen geführt, so daß über das Land der Kriegszustand verhängt werden mußte. Überhaupt ist eine große Unzufriedenheit der Bevölkerung in den von den Franzosen nach dem Friedensschluß besetzten Gebieten, einschließlich des linksrheinischen Rheinlands, bemerkbar. General Neireger, das Oberhaupt der Okkupationsverwaltung in der letztgenannten Provinz, ist abberufen und durch eine weniger gewinnbringende Persönlichkeit ersetzt worden. — Die Entente soll von Deutschland die Beteiligung an der Blockade der belgischen Küste verlangen. General v. d. Goltz soll das Kommando des 6. Korps General Oberhardt bereits übergeben haben und nach Berlin abgereist sein. Inwieweit diese Meldung zutreffend ist, entzieht sich unserer Beurteilung. In Riga und Libau sollen die Vertreter Deutschlands von der lettischen Regierung verhaftet worden sein; die deutsche Regierung habe bei der Entente dazugegen energisch protestiert und die sofortige Freilassung der Inhaftierten gefordert. Über Riga und Mitau soll der Belagerungszustand verhängt worden sein; von wem, ist aus den Fundamenten nicht ersichtlich. Im allgemeinen herrscht ein solcher Bitterkeit in den Telegrammen, daß man sich seine rechte Vorstellung von den Vorgängen in den belagerten Republiken machen kann. — Die finn. Regierung hat es abgelehnt, mit dem Aite-Rußland in Friedensunterhandlungen einzutreten. — Das Gerücht von der bereits erfolgten Einnahme Petersburgs durch General Judentich ist nicht unbegründet gewesen zu sein, denn am 21. d. Mts. tobte der Kampf noch um die Höhen von Pulkowo (einige Meile südlich von Petersburg). Jaroslaw, Selo und Pulkowo (5—10 Meile südlich von Pulkowo) sollen die Bolschewiki zum Teil zurückerobert haben. Aber die sonstigen Vorgänge an den inner-russischen Fronten liegen folgenden Meldungen vor. Bei Pskow haben die Bolschewiki einen Gegenstoß mit Erfolg unternommen; es wird heftig weiter gekämpft. Bei Orel, das die Bolschewiki wieder angenommen haben wollen, werden Kämpfe 25 Meile südlich von der Stadt gemaht. Bei Jelez greifen die „Freiwilligen“ die B. 80 West westlich der Stadt an. In der Richtung auf Woroneß ist die Don-Armee nordöstlich von Bobrow im Vorrücken. In der Richtung auf Baguitcharow haben sich die B. in den Rayon von Komoschepersk (140 W. nordöstlich von Baguitcharow u. 175 W. südlich von Tambow) zurückgezogen. In der Richtung von Isp. Medwedisch nähern sich die B., nach erfolglosem Gegenangriff, dem Flusse Don. An der sibirischen Front drängen die B. die Truppen Admirals Rosschatk weiter nach Oien. Letzterer soll sein Hauptquartier nach Irkutsk (?) verlegt haben. In der Richtung auf Kolost und Witebsk sollen

die Polen vor den B. auf „neue Positionen“ zurückgewichen sein. In der Richtung auf Tschernigow sind die B. wieder bis auf 7 Werst nördlich von der Stadt vorgedrungen. Kiew ist von den Bolschewisten geräumt worden; hier wird zurzeit ca. 25 Werst westlich der Stadt gekämpft. Auf den Wegen nach Winniza entwickelt die „Br.-Armee“ ihren Vormarsch; nach Berichten der letzteren soll der Stab der Bessarabischen Truppe auseinandergefallen sein. Schließlich sei noch erwähnt, daß nach bolschewistischer Meldung General Mamontoff bei Boronow eine schwere Niederlage erlitten haben soll, die ihn zwingt, seine ganze Front zurückzuziehen.

Zur Arbeit der deutschen Nationalversammlung.

VI.

Die Nationalversammlung brachte in ihrer (44.) Sitzung am Freitag, d. 4. Juli, in der zweiten Lesung der Verfassung den Abschnitt über den Reichstag zum Abschluß.

Als Wahlalter zum Reichstag wurde 20 Jahre beibehalten. Dagegen wurde die Legislatur-(Gesetzgebungs-) Periode von drei auf fünf Jahre erhöht.

Die Änderungen der weiteren Artikel beschränkten sich meist auf die lebenswerte Vermählung, die Verfassung in reines Deutsch zu gießen. Besonders der begeisterte Sprachreiner Bayerle vom Zentrum tat sich hervor in der Erfindung neuer deutscher Ausdrücke für alte Fremdwörter des parlamentarischen Gebrauchs, wobei er jedoch einige Heiterkeit erzeugte, damit, daß er im Eifer den schönen Satz sprach: „Wir Puristen sind keine Fangtäter.“ Auch hat sich das Haus nicht begehrt können für seine Verdeutschung des Wortes „Präsident“, das er durch „Worthalter“ ersetzen möchte. Das Haus lehnte sogar den vom Ausschuß vorgeschlagenen Ausdruck „Obmann“ ab und ließ es beim alten „Reichspräsidenten“ bewenden. Dagegen haben die Demokraten gleich in der Praxis begonnen, sogar die Verdeutschung des Beifalls einzubürgern, und man wurde zum ersten Mal nicht durch ein kräftiges „Bravo!“ aufgespreizt, sondern durch ein kräftiges „Wader! Wader!“

Die wichtigste sachliche Auseinandersetzung entstand über den Artikel 35, der einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sowie einen besonderen Ausschuß zur Überwachung der Regierungstätigkeit vorsieht. Der Artikel blieb schließlich unverändert, obwohl gegen beide Ausschüsse, vor allem gegen den letzteren, gewichtige Bedenken geäußert wurden. Auch Preuß machte aus seiner Abneigung gegen diesen ganzen Artikel kein Hehl; und der Demokrat Schüding nannte das Mißtrauen gegen die aus der eigenen Mehrheit hervorgegangene Regierung eine Kinderkrankheit der Demokratie, wenn er auch den Ausschuß für auswärtige Ange-

legenheiten als parlamentarische Schule für auswärtige Politik gelten lassen wollte. Ein „unabhängiger“ Antrag, der dem Reichstag das Recht geben wollte, der Regierung bindende Verwaltungsvorschriften zu machen, wurde als gänzlich unbedenklich selbstverständlich abgelehnt.

Hervorzuheben ist noch, daß der Reichskommissar für den Osten, Winnig (Soz.), auf die falschen Behauptungen Haases die Feststellung machte, daß in Döberitz niemand, in Westpreußen nur kleine Teile der Volksräte Neigung zeigen, sich mit den Polen zu verständigen. Sein starkes Bekenntnis zum Deutschtum in den Baltischen Ländern wachte außer bei den Unabhängigen lauten fürmlichen Beifall im Hause. Er sagte: „Wenn wir seit dem Abzug der achten Armee im Baltischen wieder eine solche Streitmacht haben, so war das in erster Linie zurückzuführen auf die dringenden Bitten aller Klassen und Parteien des lettischen Volkes (Hört, hört!), und dieselben Herren, von denen jetzt anscheinend Herr Haase informiert wird, sind damals auch zugegen gewesen und haben mir im Namen ihrer Parteigenossen diese Bitte vorgebracht. (Hört, hört!) Herr Haase hat sich darüber beklagt, daß bei der Einnahme von Riga 7000 Einwohner um's Leben kamen. Was sich jetzt in Riga abgespielt hat, kann man nur verstehen im Zusammenhang mit dem, was sich vor dem Einmarsch dort zugegetragen hat, und da möchte ich daran erinnern, daß mehr als 4000 unserer Volksgenossen ihr Leben haben lassen müssen, und wenn darüber geklagt wird, daß Menschenleben dort vernichtet worden sind, so sage ich meinstens am meisten um das Leben unserer gemordeten Volksgenossen. (Lebh. allseitiger Beifall.) Der Kampf, der sich dort jetzt abspielt, ist der letzte Akt des großen Verrückungskampfes, der sich gegen die letzten Reste des Deutschtums richtet. (Ruf des Abg. Haase: „Baltischer Barone!“) Ich kann mit den Worten „Baltischer Barone“ nicht den Haß verknüpfen, den Sie (nach links) damit vernüpfen. Ich sehe in ihnen nicht nur die Grundbesitzer, die privilegierte Schicht, sondern auch die Leute, die dort seit 700 Jahren deutsches Volkstum und deutsche Kultur hochgehalten haben. (Lebh. Bravo!) Wenn wir durch die Umstände leidet gezwungen sind, unsere Truppen zurückzuziehen, so bin ich überzeugt, das wird vielleicht zur Ausrottung des letzten Heiles des Deutschtums führen, und das bedauere ich auf das tiefste.“ (Lebh. allseitiger Beifall.)

Man trat dann noch in die Beratung des dritten Abschnittes ein, der vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung handelt. Artikel 41 bestimmt: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist.“ Gewählt ist, der die meisten Stimmen erhält. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“ Es entwickelte sich eine Auseinandersetzung über den größeren oder geringeren Umfang der Nachbefugnisse, die dem Präsidenten zu geben sind, wobei bemer-

kenzwerterweise auch die Parteien der Rechten von ihres monarchischen Programms für einen möglichst starken Präsidenten eintreten, gleichzeitig aber erklären, daß auf alle Fälle der Präsident sich vom ehemaligen König und Kaiser so sehr an Macht unterscheiden werde und so stark dem wenig mächtigen französischen Präsidenten ähnele, daß der Gedanke ausgegeschlossen sei, als könne sich der Präsident zum König entwickeln. Die Unabhängigen stehen mit ihrer Gegnerschaft gegen jeden Präsidenten überhaupt allein.

Mehr Praxis, weniger Theorie!

Das „Samb. Fremdenbl.“ brachte am 4. Juli unter obiger Überschrift nachstehende interessante Abhandlung:

Also jetzt kommt der Wiederaufbau. Was das deutsche Volk in 14-jähriger Friedensarbeit an Werten geschaffen hat, ist von dem 51-monatigen Krieg niedergedrückt worden, und was doch noch übrig war, haben Waffenstillstand und Friedensvertrag endgültig vernichtet oder in die Tischen der anderen geklopft. Es ist nicht mehr viel, was uns geblieben, und bei dem, was kommt, also bei dem Neuaufbau — Wiederaufbau kann man nicht sagen, weil das, was gewesen ist, für die heute führende Generation nicht wiederkommt, es sei denn durch ein Wunder — wird man gut tun, das alte Beispiel, wenn auch nicht zu vergessen, so doch nicht immer im Munde zu führen.

Wir haben jetzt ein neues Reichsministerium, das nach parteipolitischen Grundsätzen zusammengesetzt ist, und an die Spitze der wichtigsten Ministerien, gerade für den Neuaufbau wichtigsten Ministerien, Personen gestellt hat, die keine Persönlichkeiten sind, wenigstens nicht, soweit die ihnen anvertrauten Ämter in Betracht kommen. Wo liegt Deutschlands Zukunft? Auf militärischem Gebiet, vormals unsere Stärke, sicherlich nicht. Wir müssen von jetzt ab alle Kräfte anspannen, um die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die uns Krieg und Frieden auferlegt haben, abzutragen und, wenn möglich, darüber hinaus noch etwas zu tun, was Deutschland eine wirtschaftliche Gleichberechtigung unter den übrigen Nationen gewährleisten. Also: lediglich wirtschaftliche und finanzielle Fragen, die uns beschäftigen. Und wenn man das für unsere Zukunft, die nächste und die fernere, so überaus wichtigen Reichsministerien anvertraut, Herr Erzberger leitet das Reichsfinanzministerium, und Herr Wissel steht an der Spitze des Reichswirtschaftsamtes.

Was berechtigt Herrn Erzberger, sein neues Amt zu führen, und zwar unter einer Verantwortung, wie sie vor ihm noch kein Minister dieses Ressorts getragen hat? Seine langjährige Tätigkeit als Parlamentarier und die Tatsache, daß er bei früheren Anlässen als Budgetminister aufgetreten ist, können nicht als Befähigungsnachweise gelten, zumal in diesen Zeiten von dem Inhaber dieses Ministerpostens die weitestgehende Sach- und Fachkenntnis

hervor — zarter, gebrechlicher wie Karl gewesen — und doch — und doch —

Mein — Kind! Sammelte sie unter Tränen, denn so rasch, so rasch — konnte sie doch die Hoffnung nicht lassen, die ihr ganzes Herz noch eben durchflutet hatte.

Der Knabe kam vertraulich näher und legte schüchtern das Köpfchen an ihre Brust.

Da bin ich! Sagte er leise und zärtlich, o, Mama, liebe Mama!

Helene zuckte zusammen. Das traute Wort, wie lange hatte sie es nicht gehört, ach, wie lange nicht! Seit Karlchens Mündchen im Tode summt ward — nie mehr! Eine heiße Sehnsucht überkam sie, das Wort noch einmal zu hören, und so preßte sie das fremde Kind an sich und küßte es — innig, wie eine Mutter küßt.

Der kleine Knabe schien sich darüber weiter nicht zu wundern. Er lächelte nur, und es war ein süßes, seltsames Lächeln auf dem elenden Gesichtchen. Mit dem Kopf an ihrer Brust ruhend, blinzte er über sie hinweg nach dem geschmückten Tannenbäumchen.

Wie schön die Weihnachtslichter brennen, wie schön! flüsterete er glücklich, wie lange habe ich keines gesehen, ach!

O, mein Lieblich, sieh doch nach oben! sagte Helene leise, da ist eine andere Pracht! Dort leuchtet der Stern mit all seinen Sternen!

Ach, die Sterne sind fern und kalt, fuhr das Kind im Fälschertone fort, und du warst so lange von mir fort, liebe Mama, so sehr lange!

Für Herz und Gemüt.

Armenische Dichter.

Übersetzt von Artur Leitz. (Erlis).

2.

Zisliser Reiz.

Willst du Lust und Freude sehn,
Mußt du hin nach Zislis gehn,
Mußt durch seine Gärten ziehn,
Wenn der Lenz sie schmückt mit Grün.

Unter Blumen, fern und nah,
Siehn junge Burtschen da,
Und dabei nach altem Brauch
Liegt mit Wein gefüllt der Schlauch.

Einer trinkt dem andern zu,
Weckt auch Lenz aus der Ruh',
Trinkt auf aller Seelen Wohl,
Mit Tschischkil den Mund ganz voll.

Und das Trinkhorn, lang und rund,
Sehen sie nicht ab vom Mund,
Jeden wader mehr und mehr,
Bis der ganze Weinschlauch leer.

Der Gurnatschi, dieser Trost
Mit dem dicken, lahnen Kopf,

Frisch auf seiner Weise braust,
Daß es in den Ohren saust.

Dem Herrn Bürger — nicht vom Sehn —
Schon die Augen übergehn,
Auch die Zunge klappt schon laut,
Und doch hält er nicht das Maul.

Seine Frau, die sonst so still,
Gar nicht weg vom Manne will,
Trinkt — und nicht etwa zum Schein —
Süßer Raketerwein.

„Tschemo Gulo!“ Wano brummt,
„Eri Rai!“ Gigo summt,
Jeder singt sein Lieblingslied,
Wie es ihm sein Herz beschied.

Ja, willst du Tamaşa sehn,
Mußt du hin nach Zislis gehn,
Mußt durch seine Gärten ziehn,
Wenn der Lenz sie schmückt mit Grün.

Rafael Patkanian.

Ein Kind im Schnee.

Erzählung von Elisabeth Baud (Heutlingen).

(3. Fortsetzung.)

Ein helles Geräusch entstand hinter dem Kreuz, dieser Angewandten der Entscheidung, er dünkte Helene eine Eingebung. Dann trat eine kleine, schwächliche Knabenge-



gefordert werden und nicht zuletzt auch auf gewisse Charaktereigenschaften Wert gelegt werden muß. Herr Erzberger aber hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Waffensstillstandskommission sich als Vachs in den Händen der Entente erwiesen. Von der Waffensstillstandskommission hat die Entente im weitestlichen ja alles erreichen können, was in ihren Absichten lag. Das Reichsfinanzministerium hat heute noch keine endgültigen Unterlagen für seine Arbeit, weil noch die Hauptgrundlage fehlt, nämlich der zahlenmäßige Ausbruch für die uns auf Grund des Friedensvertrages auszubildende Kriegsschädigung. Es wird nicht zu vermeiden sein, daß der deutsche Reichsfinanzminister in direkter Fühlung mit den Alliierten über diese Frage sich beraten muß, und bei der in seinen bisherigen Verhandlungen bewiesenen Nachgiebigkeit Erzbergers der Entente gegenüber scheinen uns die Besenkten für die Befestigung des Reichsfinanzministeriums durch Herrn Erzberger hinreichend begründet zu sein, ganz abgesehen davon, daß die Arbeitskraft, die man Herrn Erzberger gerechtweise zusprechen muß, den Mangel an Sachkenntnissen nicht ersetzen kann. Das Finanzministerium ist und bleibt ein Ministerium, dessen Befestigung — wenn sich nicht am ganzen deutschen Volk dieses Gehabens finden soll — unabhängig von der Parteizugehörigkeit durch einen Fachmann — und zwar gerade der beste ist gut genug — erfolgen muß.

Das Gleiche gilt für das Reichswirtschaftsministerium. Herr Wiffell hat mit seinem Unterstaatssekretär von Möllendorf ein Gemeinwirtschafts-Programm ausgearbeitet, das eine solche Erfassung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens zum Ziel hat, daß die einzelnen Sachgewerte und ertlichen Industrien zu sachlichen und ertlichen Selbstverwaltungskörpern zusammengeschlossen werden. Gleichzeitig aber wird der Regierung und ihren Organen ein Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse dieser Selbstverwaltungskörper zugesprochen. Man kann daher den Ausdruck „Selbstverwaltungskörper“ nur in dem Sinne gebrauchen, daß die einzelnen Industriezweige das Recht haben, wirtschaftliche Vorschläge von der Regierung anerkennen oder ablehnen zu lassen. Von wirklicher Selbstverwaltung kann also gar keine Rede sein. Wenn andererseits wieder die Regierung ausschlaggebend ist, so ist nicht einzusehen, wozu der Weg bis zur Erreichung ihrer Entscheidung durch die Arbeit in den sogenannten Selbstverwaltungskörpern verzögert werden soll. Es handelt sich also dabei weder um eine privatwirtschaftliche noch um eine staatswirtschaftliche Wirtschaftsverfassung. Das Reichswirtschaftsministerium verfolgt seine „Planwirtschaft“ als ein Drittes, und zwar als ein sozialistisches Programm zu verkünden. Ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm würde aber voraussetzen, daß die Arbeiter selbst erst einmal Eigentümer der Produktionsmittel würden. Voraussetzung für eine sozialistische Wirtschaft wäre also die Abschaffung des Privateigentums. Davon ist aber natürlich in dem Gemeinwirtschaftspro-

gramm keine Rede. Die vom Sozialismus angestrebte Abschaffung der bürgerlichen Produktionsleitung wird an keiner Stelle gefordert. Dagegen wird aber die bürgerliche Produktionsweise selbst wieder durch bürokratische Hindernisse gehemmt. So ist das Wirtschaftliche Programm nichts anderes als ein theoretischer Versuch, der weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin bis zur letzten Konsequenz geht und fast an die phantastischen Versuche erinnert, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts gemacht wurden, um die Stellung des Proletariats zu verbessern, und die Marx als utopischen Sozialismus hinreichend gekennzeichnet hat. In solchen Zeiten, wie sie das deutsche Volk jetzt durchzumachen hat, ist nicht Platz für die Durchführung von Theorien, deren Umsetzung in die Praxis von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Wir müssen heute mehr denn je mit beiden Füßen in der Praxis der wirtschaftlichen Realitäten stehen. Den Weg hierzu kann uns aber nur ein Mann der Praxis und nicht der Theoretiker führen. Der Krieg mit den Wägen ist zu Ende, noch nicht der Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet. Auf diesem Gebiet aber stehen wir der kapitalistischen Ordnung unserer wirtschaftlichen Segner gegenüber. Und da sie die Stärkeren sind, schreiben sie in diesem Kampf die Mittel vor, so daß es nicht in unserer Macht liegt, der freien und beweglichen Wirtschaft unserer Feinde die gebundene Zwangswirtschaft gegenüberzustellen. Das einzige, wozu wir in der Lage sind, ja wozu wir unbedingt schreiben müssen, ist die Hebung der Produktionsfähigkeit des deutschen Volkes. Das geschieht nicht dadurch, daß man den Arbeiter und uns alle fünf Arbeiter — nur Rechte und Lohnerhöhungen einräumt, sondern ihnen auch Pflichten gibt, und zwar Pflichten, die durchzusetzen der Regierung in der Verfassung die Rechte gegeben werden. Ministerpräsident Bauer ruft: „Die ewigen Streiks müssen aufhören.“ Damit ist freilich noch nichts getan, wenn nicht die Regierung so bald wie möglich die Streiks unterbindet und die Ordnung der Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf gesetzlichem Wege durch Schiedsgerichte ordnet. Freilich darf ein solches Gesetz nicht ohne Strafanordnung sein, und zwar wieder die Bestimmung, daß für Streikfälle unter keinen Umständen Entschädigungen gezahlt werden dürfen, als die zweckmäßigste erscheinen. Man mag die Sache beleuchten von welcher Seite man will: ein anderer Ausweg aus der Streiklun unserer Tage wird kaum gefunden werden können.

Mehr Paris, weniger Theorie! Das ist die Notwendigkeit, vor die uns unsere üble Lage stellt.

Aus dem deutschen Leben.

Teilis.

Der Vorstand der Teiliser Ortsgruppe hat dieser Tage an den Zentral-Vorstand des Verbandes der transilvanischen Deutschen Abschriften der Protokolle seiner

Sitzungen vom 20. u. 27. August, 3., 10., 17. u. 24. September und 1. u. 8. d. Mts., sowie das Protokoll der allgemeinen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe vom 27. September d. J., gelangen lassen, mit der Bitte, in den Spalten der „Rauf. Post“ (als des Verbandsorgans) die beiden letztangeführten Protokolle veröffentlicht zu wollen.

Wie den Lesern der „R. P.“ noch erinnerlich sein dürfte, hatte die vorletzte Delegierten-Versammlung die Veröffentlichung sämtlicher Protokolle der Sitzungen aller Ortsgruppenvorstände und namentlich auch die der allgemeinen Versammlungen der Ortsgruppenmitglieder für notwendig erachtet und einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt, der von der nachfolgenden (letzten) Del.-Versammlung nicht aufgehoben worden ist, also seine verbindliche Kraft behält. Die D.-V. war hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß die Veröffentlichung der Protokolle: 1) jedermann die Möglichkeit bieten würde, von Zeit zu Zeit einen Einblick zu gewinnen in das Leben der einzelnen Ortsgruppen; 2) die Mitglieder der Ortsgruppen in den Stand setzen würde, die Erproblichkeit der Tätigkeit ihrer Ortsgruppenvorstände zu kontrollieren und, wo unzulässigerweise ein Stillstand eingetreten sein würde, die sühnigen Auswahlen zu nachdrücklicher Arbeit zu veranlassen; und 3) einen gewissen Ausgleich der Anschauungen und Meinungen zwischen den Ortsgruppen herbeiführen würde. Leider haben bisher nur einige Ortsgruppenvorstände sich nach obigem Beschluß der D.-V. gerichtet, indem sie, wenn auch nicht fortlaufend, so doch ab und an die erforderlichen Abschriften ihrer Sitzungsprotokolle an den Zentral-Vorstand sandten, ihre von letzterem nach Maßgabe ihrer Zustellung in der „R. P.“ abgedruckt wurden. Unverständlich erscheint in Anbetracht dessen die von dem Vorstand einer Ortsgruppe geäußerte Unzufriedenheit mit der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle überhaupt, welche die Leser der „R. P.“ unmöglich interessieren konnten, wenigstens die Mitglieder der betreffenden Ortsgruppe nicht interessieren! Nichtsdestoweniger hat der Zentral-Vorstand von dieser Beschwerde Notiz genommen und die Veröffentlichung selbst seiner Sitzungsprotokolle hintangehalten und auch nicht darauf bestanden, daß von den keine Protokolle einfindenden Ortsgruppenvorständen solche eingesandt würden, bis die nächste Delegierten-Versammlung zu dieser Frage aufs neue Stellung genommen haben würde.

Aus dem nämlichen Grunde sieht der Zentral-Vorstand auch im gegebenen Falle von der Veröffentlichung aller von dem Vorstand der Teiliser Ortsgruppe ihm zugesandten Protokolle ab, obgleich sie mancherlei enthalten, was seiner Ansicht nach der Veröffentlichung wert wäre, und beschränkt sich auf die Weitergabe nur derjenigen Protokolle, die von der genannten Ortsgruppe, wie oben bemerkt, als für die Veröffentlichung legitim angezeigt worden sind.

Letztere sind sehr umfangreich und fassen daher nicht in einer, sondern nur allmählich, d. h. in mehrerer Num-

weisen Betonen — traumlos — glücklich — ein kleiner Engel?

Sie nicht vor sich hin und küßte dann den fremden Knaben.

Armes, armes Kind! sagte sie leise, wie dauerst du mich! Der Kleine verstand sie nicht. Bittend faltete er die Händchen.

Nicht wahr? fragte er mit seiner weichen, ein wenig traurigen Stimme, ich darf doch bei dir bleiben, liebe, liebe Mama?

Ja, du darfst! versprach Helene, und ein paar brennende Tränen fielen nieder auf des Knaben Haar. Ich hab dich gefunden — verlassen und arm — ein trimalloses Kind im Schnee — du sollst bei mir bleiben — für — meinen Karl.

Der Kleine begriff sie wieder nicht recht — denn er hielt sie noch immer für seine Mutter! Es war ja nie in seinem armen, kleinen Leben sonst jemals gut und freundlich zu ihm gewesen.

Liebe, liebe Mama! flammelte er. Karl! küßte Helene — traumverloren.

Das Kind hörte auch auf den Namen. Es war ein Zufall, der zwei verlassene Herzen glücklich machte.

Sast du mich, Lieb? fragte der Knabe mit derselben Innigkeit, wie einst der Kleine, tote Karl.

Sehe, o, so sehr! versicherte Helene tief bewegt.

Helene stich dem aufgeregten Kleinen über das weiße Haar hin und dachte dabei an ihren Karl. Freilich — er war nur ein fremdes Kind, aber er tat ihr leid. Er hielt sie für seine Mutter, die ihm wohl geflohen war. Sie ahnte den Zusammenhang, und doch gewann sie es nicht über sich, ihm den schönen Traum zu zerbrechen.

Bei wem bist du denn jetzt? fragte sie daher nur, nach einer ganzen Weile vorichtig, bei fremden Leuten?

Ja! antwortete der Knabe, und ein tiefer, zitternder Seufzer hob die kleine Brust. Aber sie sind gar nicht gut zu mir, sie nehmen mir alles fort, und — nun muß ich mit Rien gehen!

Mit Rien? fragte Helene verwundert.

Der Kleine hielt ihr ein Bündchen fest gefrorenen Holzes entgegen.

Das andere liegt noch hinter dem Kreuz bei deinem Grab, erzählte er, ich habe gar nichts verkauft heute; aber ich gehe auch nicht mehr zurück, ich bleibe bei dir, liebe Mama — im — Schnee! Und zärtlich schmiegte er sein Köpfchen an die Brust der jungen Frau.

Helene erzählte das Herz, und sie schlang die Arme fester um das Kind. Der ganze Zimmer dieses unbeschlüsselten, garten Lebens erfüllte sie. O, Gott, wenn ihr kleiner Karl so in der Welt zurückgeblieben wäre — jeder Nothet wehrlos preisgegeben — arm und verlassen — war es dann nicht besser, er lag dort unten in seinem stillen,

In diesem Augenblick begannen die Gloden in der Dorfkirche wieder zu läuten, und die ersten Klänge zogen feierlich über den stillen Friedhof hin. Es war Witternacht, und das neue Jahr liegt eben siegreich emvor.

Helene stand still da und lauschte — das Kind in den Armen. Eine sanfte Freundigkeit kam über sie, die ihr fremd geworden war, seit Karlschen Tod! Sie betete, ohne daß sie es selbst wußte.

Komm, mein Kind! sagte sie dann freundlich zu dem Knaben, wir wollen nach Hause gehen! Sieh, unser letztes Lichtlein ist ausgebrannt am Weihnachtsbaum, das neue Jahr hat begonnen!

Ja, ich darf wirklich bei dir bleiben? fragte der Kleine, glücklich.

Gewiß, mein Liebling! antwortete Helene in gültigem Tone, aber komme jetzt fort von hier, es ist so kalt, und du bist nicht warm angezogen!

Ach, ich bin schon daran gewöhnt! sagte der Knabe, es schadet nichts! Wenn ich nur bei dir sein darf, will ich gern frieren!

Helene nahm gerührt die kalte Hand in die ihre. Komm, mein armes Kind! sprach sie sanft, und der Knabe folgte ihr freudig. So verließen beide den Friedhof beglückten Herzens, so dem sie mühselig und beladen gekommen waren. (Fortsetzung folgt.)

men hintereinander zum Ausdruck gelangen, was hiermit zur Erklärung gesagt sei.

Protokoll der allg. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Tilsit vom 27. Sept. 1919.

Anwesen sind ungefähr 50 Personen.

Die Versammlung wird von Vorsitzenden des Vorstandes Fr. Schulz eröffnet und geleitet. Zum Schriftführer wird V. Seining gewählt.

Tagesordnung: 1) Bericht über die August-Delegiertenversammlung, 2) Annahme des Statuts des Lehrerverbandes; 3) Ergänzungswahlen in den Vorstand; 4) sonstige Fragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet der Vorsitzende, daß in unserer Mitte wieder ein verdienstvolles Mitglied unseres Verbandes, Herr C. Bernhein, welcher nach etwas über einem Jahr ins aus Deutschland zurückgekehrt, wo er für das Deutschtum im Kaukasus gewirkt und den Zeitumständen gemäß auch vieles erreicht hat. In Anbetracht seiner bisherigen Verdienste um den Verband der transkaukasischen Deutschen schlägt der Vorsitzende im Namen des Vorstandes der Ortsgruppe vor, Herrn C. Bernhein zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe und des Vorstandes zu wählen. Die Wahl wird einstimmig mit Applaus angenommen.

Herr Bernhein dankt in warmen Worten für die Ehrung und verspricht, nach Kräften für die Ortsgruppe zu wirken. Er betont, daß die Arbeit im Zentral-Vorstande nach seiner Abreise nicht in dem Maße weitergeführt worden sei, wie es mit seinen Mitarbeitern verabredet worden war, vielleicht irgend welcher Umständen wegen. Es war die Gründung einer Genossenschaftsbank, einer Einkaufs- u. Verkaufsgenossenschaft u. einer genossenschaftlichen Versicherung geplant; er hoffe, daß diese Arbeit mit der Zeit doch noch werde in Angriff genommen werden können. Er entschuldigt sich, daß er den Bericht über sein Wirken in Deutschland noch nicht habe erstatten können. Grund: Übermüdung, Unwohlsein und Amtsvorfällen. In nächster Zeit werde er den Bericht aber erstatten.

Die Versammlung erwidert mit Applaus.

Darauf geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

M. Jaekel erstattet den Bericht über die Delegiertenversammlung, wobei er sich über diejenigen Punkte, welche ein besonderes Interesse für Tilsit haben, z. B. Unterstützung des Realgymnasiums, Übernahme materieller Verbindlichkeiten von Seiten der Ortsgruppe, ausführlicher verbreitet. Der Bericht wird von der Versammlung ohne Debatten angenommen.

Zu Punkt 2. Befähigung der Statuten des Lehrerverbandes — giebt der Vorsitzende eine Erklärung. G. Pfister verliest nach kurzer Einführung das Statut des Lehrerverbandes und giebt die Ansicht des Vorstandes in dieser Sache wieder. Der Verband wünscht zu Punkt 1 der Statuten den Zusatz gemacht zu wissen, daß auch Lehrer und Erzieher, die nicht an Verbandsschulen tätig sind, unter gewissen Bedingungen materielle Vorteile genießen sollen.

C. Bernhein meint, daß pensionsberechtigt wohl nur Lehrer an den Verbandsschulen sein könnten; daß aber Kranken- und Unterstützungskassen auch Privatleuten zugänglich sein sollten. Der Vorsitzende betont, daß der Einfluß von Privatleuten in die Pensionsberechtigung unter gewissen Bedingungen sehr wohl möglich sein könnte.

A. Fufajew ist der Meinung, daß die nächste Delegiertenversammlung im Oktober oder November die Statuten befehlen wird. Die Ortsgruppe werden Lehrern, welche nicht an Verbandsschulen tätig sind, nicht das Recht auf Pension erteilen. Unterstützung- und Krankenkassen werden vom Zentralverband keine Unterstützung erhalten. Staatliche Pensionen werden Lehrern der Verbandsschulen nicht gezahlt werden, da die Verbandsschulen als Privatschulen angesehen werden. Unsere Ortsgruppe sollte die Initiative im Sodex der Lehrer-Krankenkasse ergreifen und entsprechende Statuten ausarbeiten.

C. Bernhein stellt fest, daß in Georgien Versammlungs- und Verbandsfreiheit besteht und daher bei Lehrer-Verband es nicht nötig habe, seine Statuten von der Del. Versamm. des Verbandes der Deutschen Transkaukasien bestätigen zu lassen. Es läge nur für diejenigen Punkte der Statuten eine Befähigung durch den Verband der Deutschen in Frage, welche von letzterem materielle Vorteile oder ihm irgend welche Pflichten auferlegen. Eine

Ausscheidung der deutschen Kolonien aus der Semstwo in Schulfachen ist ausgeschlossen, da der Staat oder die Semstwo darauf nicht eingehen kann. Auf diese Weise könnten alle Nationalitäten in Schulfachen ausscheiden und kulturell niedrig stehende Nationalitäten nicht die nötige Fürsorge ihren Schulen angedeihen lassen; die Schulen würden sehr niedrig stehen, infolgedessen auch die betreffende Bevölkerung und der Staat kein Mittel in der Hand hätten, Abhilfe zu schaffen. Also die Schulsteuer muß von den einzelnen Gemeinden gezahlt werden, und infolgedessen müssen auch die Schulen in der Semstwo bleiben. Daburch sind die Lehrer natürlich der Semstwo-lasse gegenüber pensionsberechtigt.

A. Fufajew: Da die Lehrer als bei. Gruppe in den Verband der Deutschen aufgenommen zu werden wünschen, so muß derselbe Verband auch die Statuten bestätigen. Auf der letzten Delegiertenversammlung wurde einstimmig beschlossen, in Schulfachen sich der Semstwo nicht anzuschließen, da der Vorsitzende der Schulkommission in der Grundgesetzgebenden Versammlung, Herr Drischwili, Neben gegenüber geäußert hatte, daß, wer seine Schule selbst unterhält, der natürlich auch keine Schulsteuer zu zahlen haben würde. Durch die kulturelle Autonomie werden die deutschen Schulen natürlich auch in der Pensionsfrage selbständig.

C. Bernhein: Die Schulsteuer wird vom Staate von allen Gemeinden gefordert werden. Dieses Prinzip ist höherer Art schon festgelegt worden. Die Lehrer sollten ihre Selbständigkeit durchaus wahren und sich keine Einmischung in ihre innere Organisation gefallen lassen. Der Verband der Deutschen kann nur sagen: wir wollen Euch oder wollen Euch nicht.

E. Lamparter bittet die Debatten in dieser Frage zu schließen. C. Tröster: Desgleichen.

G. Pfister konstatiert, daß der Lehrerverband in der Frage der Befähigung der Statuten auf dem Standpunkte Bernhein's stehe.

C. Bernhein protestiert dagegen, daß die Statuten in allen Paragraphen von der Delegiertenversammlung bestätigt werden müßten.

Der Vorsitzende läßt darüber abstimmen, ob die Versammlung die Statuten des Lehrerverbandes, mit dem Zusatz zu Punkt 1, daß Lehrer und Erzieher, die nicht an Verbandsschulen tätig sind, unter gewissen Bedingungen materielle Vorteile genießen sollen, annehmen will, oder nicht. Der Antrag wird angenommen. (Fortf. folgt.)

Georgstal, d. 18. Oktober.

Es wird doch endlich, erfüllt! — Am Abend des 17. d. M. wurde die Kolonie Georgstal in nicht geringen Ehrenen verfest. Es erschienen nämlich 2 georgische Offiziere mit ungefähr einem Zug Soldaten, mit Flinten und Maschinengewehren bewaffnet, und forderten ganz entschieden, daß die Kolonie ihre "Pforten" herausgabe. Wenn dies nicht sofort geschähe, so würden die Offiziere die Maschinengewehre aufpflanzen und die Kolonie "in Grund und Boden" schießen lassen. Die Kolonisten, die sich bald versammelt hatten, erklärten, daß sie nachsorgen und die jungen Leute im Alter von 21-23 Jahren zuhellen würden. Die Offiziere sagten nun, daß sie im Nachbardorfe Muchran übernachten und zum andern Morgen die Deforture der Kolonie dort erwarten würden, und zogen wieder ab. — Da in Georgstal bloß eine Person — der Lehrer — sich als in dem wehrpflichtigen Alter befindend erwies, so verfiel die Kolonie einem Gemeinbeschlusse, worin sie um Befreiung des Lehrers vom Militärdienst bat. Am andern Morgen brachte man den Gemeinbeschlusse zum Chef der oben erwähnten Abteilung nach Muchran. — Hier war ein scheidliches Durcheinander: Soldaten drangen in jedes Haus, wo sich Deforture aufhielten; man durchsuchte alle Wäntel und Ecken, Gärten und Felder! Wo man einen jungen Mann sah, von dem man vermuten mochte, daß er im Alter von 21-23 Jahren stehen könnte, da wurde nicht viel Federlesens gemacht und der betreffende ohne weiteres mitgenommen. Waren die Gesuchten nicht zu Hause, so nahm man an ihrer Statt den Vater, den Bruder, die Frau usw. Der Hof, wo die Abteilung Soldaten einquartiert worden war, war denn auch bald mit Gefangenen besetzt. Ein Fluchen und Wehnen klang. Man sprach davon, daß es nun gleich richtig "Gerechtfertigt" geben werde, und die Gesichter der Gefangenen wurden durch dieses Murren nicht freundlicher. O es um wirklich zum "Gerechtfertigt" kam, weiß ich nicht; das man aber mit der Wehrpflicht endlich ernst macht, das sieht man hier aus diesen Vorgängen.

Ganz besonders möchte ich diesen Bericht denjenigen von unsern jungen Leuten empfehlen, die immer noch hängen und bangen in schwebender "Rein". Ob sie sich ihre Zeit abgeben oder aber "ausruhen" sollen, wie so viele andere. Es wäre eben eine Allernstschande für ein deutsches Dorf, wenn man in ihm, wie in Muchran, die jungen Leute mit Flinten und Maschinengewehren daran erinnern müßte, welche Pflichten sie dem Staate gegenüber zu erfüllen haben! Na, hoffentlich wird's aber bei uns so weit nicht kommen! G. Schaaf.

Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung.

Zu den neueren Versuchen einer gesellschaftlichen deutschen Auswanderung.

Von M. Grischach, Bittenbaußen, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ankünder und Auswanderer.

V. Die statistisch berechneten wirtschaftlichen Erträge.

Ein sehr gefährliches Ding ist es bei diesen Entwürfen auch um die statistischen Berechnungen der wirtschaftlichen Erträge einer Ansiedlung. Mit Recht sagt Jannsch in dem vorstehend genannten Artikel Seite 42: "Preisangaben sind gerade so unzulässig wie etwa über Bodenpreise in der Mark Brandenburg oder Sachsen. Grenz das Land an die Eyre oder Javel oder Elbe, wie viel Stunden ist es von Berlin, von der nächsten Eisenbahnstation entfernt? Hat es tiegründigen Schwam oder Sandboden und dergleichen mehr?" Die Grund- und Bodenpreise in den fremden Siedlungsgebieten sind naturgemäß von ähnlichen Umständen abhängig. — Die weiteren Ertragsberechnungen werden meist etwigen Mutterkolonien entnommen, welche besonders günstige Entwicklungsverhältnisse aufweisen konnten. Das von O neuangelegten Kolonien in der Regel nur eine Erfolg zu haben pflegt, wird verschwiegen. Aber auch diese entzerrten Berichte sind erfahrungsgemäß meist einseitig gefärbt, indem sie die günstigen Tatsachen die nicht weggeleugnet werden sollen, hervorheben, die ungünstigen aber verschweigen. Daß aber selbst das auf diese Weise gewonnene Ergebnis oft noch recht dürftig ausfällt, überführt der Auswanderungslustige leicht, da er die Zahlen nach heimatischem Maßstabe zu lesen pflegt und nicht die perennierenden Lebensverhältnisse drüben mit in Rechnung stellt. Er sieht solche Dinge meist mehr mit seinem hungernden Magen, als mit nüchtern erwogendem Verstande. Wenn z. B. aus dem bestimmten Buche von Preuss-Epber "Süd- und Mittelamerika" oder der Abcorder von Hermann Paetel immer wieder das Beispiel von Comos Salles im Staate St. Paulo erwähnt wird, so sollte der Leser wissen, daß es sich hier um eine Mutterkolonie ersten Ranges handelt, die wohlweislich dem Fremden, der Brasilien bereist, Reis in erster Linie gezeigt wird. Auch ich habe sie selbst besucht und die Galtreibendigkeit dortiger wohlhabender deutscher Bauern genossen. Aber man vergesse dabei doch nie, daß es selbst auf einer solchen Kolonie, die verhältnismäßig schon günstige Lebensverhältnisse erlangt hat, nur ganz wenige sind, die von den Hunderten übrig geblieben sind, welche diese Kolonie einst gegründet haben. 40-50 Jahre sind für sie nötig gewesen, um auf die heutige Höhe zu kommen. 80-90 von hundert der ersten Siedler sind unter die Häber gekommen, liegen unter dem Palen ober helen den deutschen Hilfsvereinen in den brasilianischen Städten bald zur Last.

Martinez gibt in seinem Buche "Argentinien im 20. Jahrhundert", Seite 104, eine Aufstellung der Unkosten der Erträge einer Mutter-Ackerbauwirtschaft in Biscaina im Bezirk Volcan im Werte von 8000 Fr. Eine sorgfältige, wenn auch sicherlich niemals so schwarz gefärbte Berechnung nennt als Ausgabe bei 100 Hektar 12 122 Fr., als Einnahme 18 480 Fr. für 120 000 Kilo verkauftes Korn. Es bleibt ein Reingewinn von 6358 Fr.

Angenommen, diese Angaben hätten auf Heller und Pfennig so sind sie doch nur bei einer 5-7 köpfigen Familie erträglich, und für eine solche ihm 6000 Pfennig = 2664 argent. Rejos Reingewinn zum Leben zu wenig und zum Verbürgern zu viel. Dabei wird natürlich nicht erwähnt, daß der Ackerbauer in Argentinien erfahrungsgemäß nur alle 4 Jahre eine gute Ernte erlebt und daß die Schulden und anderes Ungezieher ihm oft den größten Schaden antut. Wie aber die Ergebnisse für den sich stellen, der nicht Bergpalmslandwirt von Haus aus ist, und der nur ein weniger gutes Stück Land erwirbt, mag sich jeder selbst ausmalen.

Der Herr, der von Frau Bernstein einen Brief aus Deutschland für Frau Richter übernommen hat, wird ersucht, denselben ehestens in der Geschäftsstelle dieser Zeitung abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion der Z.B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.